

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



donnerstag, 8. juli 1971

blatt 2031

im interesse der wasserversorgung  
wien zahlt halbe spritze und stall fuer almvieh

1 wien, 8.7. (rk) die stadt wien setzt bekanntlich betraechtliche summen ein, um die einwandfreie wasserversorgung der bevoelkerung zu garantieren. es sind jedoch auch kleinere betraege notwendig fuer aufwendungen, von denen der laie kaum eine ahnung hat. so etwa ist die stadt wien daran interessiert, dass die freiwillige feuerwehr hinterwildalpen im quellgebiet der zweiten hochquellenleitung jederzeit einsatzbereit ist, um die wasserleitungsanlagen schuetzen zu koennen. kuerzlich wurde der feuerwehr durch einen kostenbeitrag von 23.000 schilling (die haelfte des anschaffungspreises) die ausruestung mit einer modernen tragkraftspritze ermoeeglicht.

auf der schneealpenweide im quellgebiet der ersten hochquellenleitung hingegen werden mit mitteln der stadt wien (1,1 millionen schilling) in einer hoehe von 1700 meter ein gemeinschaftsstall fuer das vieh von 26 almen sowie eine reihe sanitaerer einrichtungen gebaut, um im interesse einer einwandfreien wasserqualitaet jede bodenverunreinigung zu verhindern.

0846



kommenden mittwoch:

rosa jochmann wird buerger der stadt wien

3 wien, 8.7. (rk) eine frau, die den leidensbecher zweier diktaturen bis zur neige geleert hat, wird kommenden mittwoch aus der hand des wiener buergermeisters eine der hoechsten ehrungen entgegennehmen, die die bundeshauptstadt zu vergeben hat: die buergerurkunde der stadt wien. rosa j o c h m a n n , die nicht lehrerin werden konnte, weil daheim das geld nicht reichte, sondern als hilfsarbeiterin arbeiten musste. mit 30 jahren war sie frauen-zentralsekretaer in der sozialdemokratischen partei. mit 33 jahren musste sie zum ersten mal fuer ihre politische ueberzeugung ins gefaengnis gehen.

von 1939 bis 1945 war rosa jochmann im kz ravensbrueck (margarete buber-neumann erwaehnt ''rosi jochmann'' in ihrem buch ''als gefangene bei stalin und hitler''). nach 1945 wurde frau jochmann wieder frauenzentralsekretaerin, abgeordnete zum nationalrat, schliesslich stellvertretende parteivorsitzende. 1967 schied sie aus dem parlament aus.

geehrte redaktion

zu der ueberreichung der buergerurkunde an frau rosa jochmann laden wir sie herzlich ein.

zeit: mittwoch, 14. juli, 10.30 uhr.

ort: rathaus, stadtsenatssaal.

0913

sachertorte fuer db-praesidenten

2 wien, 8.7. (rk) adressat eines besonderen wiener grusses - im rahmen der ''wiener wochen'' in frankfurt - war der praesident der deutschen bundesbahn, dr. kurt w e n d l e r : auf dem frankfurter hauptbahnhof ueberreichte ihm montag eine wiener hostesse im biedermeierkostuem eine sachertorte. die ueberraschung - wendler war nicht auf diesen gruss vorbereitet - wurde musikalisch untermalt: das schrammelquartett der wiener feuerwehr zauberte wienerlieder in die nuechterne bahnhofshalle der hessischen metropole.

0900



Musikveranstaltungen in der Woche vom 12. bis 18. Juli 1971  
=====

Wien, 8.7. (RK)

Montag, 12. Juli:

- 17.00 Uhr, Oberer Belvedere-Garten, Kulturamt der Stadt Wien:  
Promenadenkonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent:  
Günther Kress
- 20.00 Uhr, Schubert-Geburtshaus, Kulturamt der Stadt Wien:  
Österreichisches Streichquartett (Werke von Franz  
Schubert)

Dienstag, 13. Juli:

- 17.30 Uhr, 15. Bezirk, Märzpark, Kulturamt der Stadt Wien:  
Konzert der Betriebsmusik der Wiener Verkehrsbetriebe,  
Dirigent: Gustav Fischer
- 17.30 Uhr, 21. Bezirk, Wasserpark, Kulturamt der Stadt Wien:  
Konzert der Musikkapelle der Wiener Gaswerke, Dirigent:  
Dipl.-Ing. Friedrich Brucker
- 17.30 Uhr, Rathausplatz, Kulturamt der Stadt Wien: Blasorchester  
Hafnarfjörður Island
- 20.00 Uhr, Arkadenhof des Wiener Rathauses, Kulturamt der Stadt  
Wien: Orchesterkonzert der Wiener Symphoniker,  
Dirigent: Hans Swarowsky, (Anton Bruckner: 7. Symphonie)
- 20.00 Uhr, Minoritenkirche, Santa Clara Chorale

Mittwoch, 14. Juli:

- 17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark, Kulturamt der Stadt Wien:  
Konzert der Musikkapelle der Wiener Gaswerke, Dirigent:  
Dipl.-Ing. Friedrich Brucker
- 19.00 Uhr, Dom zu St. Stephan, Orgelkonzert - Erwin Miggl  
(Walther: Choral und Variationen "Meinen Jesu lass  
ich nicht", Bach: Präludium und Fuge h-Moll, Franck:  
Fantasie C-Dur, Miggl: Improvisation)
- 20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg, Kulturamt der Stadt Wien:  
"Wiener Kostbarkeiten"; Klassisches Wiener Schrammel-  
quartett, Leitung: Lois Böck; Hertha Weber-Kern, Klavier  
(Werke von Franz Schubert, Joseph Lanner, Johann und  
Josef Schrammel)

Donnerstag, 15. Juli:

- 17.00 Uhr, Volksgarten, Kulturamt der Stadt Wien: Promenaden-  
konzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent: Herbert  
Seiter
- 17.30 Uhr, 12. Bezirk, Steinbauerpark, Kulturamt der Stadt Wien:  
Konzert der Betriebsmusik der Wiener Verkehrsbetriebe,  
Dirigent: Gustav Fischer



Donnerstag, 15. Juli:

- 17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark, Kulturamt der Stadt Wien:  
Konzert der Musikkapelle der Wiener Gaswerke, Dirigent: Dipl.-Ing. Friedrich Brucker
- 20.00 Uhr, Palais Auersperg, Kulturamt der Stadt Wien:  
Wiener Bläserquintett (Werke von Jean Philipp Rameau, Wolfgang Amadeus Mozart, Franz Danzi, Jacques Ibert und Leo Justinus Kauffmann)

Freitag, 16. Juli:

- 17.30 Uhr, 10. Bezirk, Puchsbaumplatz, Kulturamt der Stadt Wien:  
Konzert der Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien, Dirigent: Toni Dattler
- 20.00 Uhr, Arkadenhof des Wiener Rathauses, Kulturamt der Stadt Wien:  
Orchesterkonzert des ORF-Symphonie-Orchester, Dirigent: Milan Horvat (Werke von Beethoven, Schubert, Einem und Ravel)
- 20.00 Uhr, 21. Bezirk, Allerheiligenplatz, Kulturamt der Stadt Wien:  
Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe, Dirigent: Josef Hahn

Samstag, 17. Juli:

- 20.00 Uhr, Palais Palffy, Klavierabend, Peter von Pachmann  
("Musik der Romantik")



## Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 8. 7. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Felix Slavik trat der Wiener Gemeinderat Donnerstag kurz nach 10 Uhr zu seiner für zwei Tage anberaumten, letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen. Donnerstag werden die Rechnungsabschlüsse der Bundeshauptstadt und der Stadtwerke für das Jahr 1970, die Berichte des Kontrollamtes über das gleiche Jahr und über die Heizbetriebe Wien-Gesellschaft sowie der Rechnungsabschluß und der Wirtschaftsplan des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien behandelt. Die Tagesordnung für Freitag umfaßt 116 Punkte.

Von der DFP wurden zehn Anfragen, von der FPÖ und der ÖVP je eine Anfrage eingebracht, die der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen wurden. Für eine Anfrage betreffend die Korrektur der Planung der Burgenlandstraße verlangte die DFP die Verlesung und Besprechung in der heutigen Sitzung. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Anträge: Von der DFP betreffend Begutachtung des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien, Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorwürfe wegen Fehlplanung der Grünbergstraße, Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorwürfe über Fehlplanungen bei den Anlagen zur Fernwärmeversorgung, Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der vom Kontrollamt erhobenen Vorwürfe über Unzukömmlichkeiten beim U-Bahn-Bau; von der FPÖ betreffend Schaffung einer eigenen Magistratsabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Naturschutz; von der ÖVP betreffend Zinsenzuschüsse der Gemeinde Wien für die Wohnbauförderung 1968. Die Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Vor Beginn der Debatte wurden neun Mitglieder des Aufsichtsrates der Wiener Städtischen Versicherungsanstalt gewählt.

./.



Rechnungsabschluß 1970

Mit einer Grundsatzerklärung leitete der Berichterstatter, Finanzstadtrat Otto Schweda, (SPÖ) die Verhandlungen über den Rechnungsabschluß 1970 ein: Die Kraft einer Gebietskörperschaft dürfe keinesfalls allein an ihren Einnahmen gemessen werden. Man orientiere sich viel besser mit dem Blick auf die Aufgaben, die ja progressiv mit der Größe einer Stadt steigen.

Schweda bezeichnete das "erfreuliche Bild der wirtschaftlichen Lage" als Hauptursache des Umstandes, daß der Rechnungsabschluß (Überschuß: 32,8 Millionen Schilling) sich gegenüber dem Voranschlag (Abgang 322 Millionen Schilling) so vorteilhaft verändert präsentiere. Das Bruttonationalprodukt sei entgegen den Prognosen des Instituts für Wirtschaftsforschung (realer Zuwachs: 4 Prozent) sehr stark gestiegen (7,1 Prozent) - so, daß Österreich sich im Jahre 1970 mit dieser BNP-Zuwachsrate an die Spitze aller OECD-Länder gesetzt habe.

Schweda schilderte detailliert die Einnahmen und Ausgaben der Stadt Wien im vergangenen Jahr und erläuterte auch den prozentuellen Anteil der einzelnen Komplexe am Gesamtbild. So ist etwa der Personalaufwand mit 28,5 Prozent niedriger als im Vorjahr (-1,3 Prozent). Für Grundankäufe wurden 600 Millionen Schilling, zur Aufschließung von Betriebsbaugebieten 51 Millionen Schilling ausgegeben. Die Aufwendungen für die U-Bahn betragen 394 Millionen Schilling, jene für den Schulbau 146 Millionen Schilling.

Im Gemeinderat:

./.



Die Ausgaben der Finanzverwaltung betragen 3,1 Milliarden Schilling und übersteigen den Voranschlagsatz um 7,7 Prozent. Mehrausgaben ergaben sich unter anderen durch Darlehen für das Kuratorium Wiener Pensionistenheime und für das Kuratorium Wiener Jugendheime.

Der U-Bahnbau erforderte Gesamtausgaben von 410,2 Millionen Schilling. Die Aufschließung von Betriebsbaugebieten konnte wegen verzögerter Grundfreimachungen nicht so rasch vorangetrieben werden, so daß 39,2 Millionen Schilling nicht ausgegeben, sondern einer Sonderrücklage zugeführt wurden. Auch für den Hochwasserschutz konnten mangels Baufortschritt 85,3 Millionen Schilling nicht ausgegeben werden und wurden zurückgelegt.

Um 51,9 Millionen Schilling überstiegen die Ausgaben der Verwaltungsgruppe 3 den Voranschlag. Die Gesamtausgaben betragen 804,8 Millionen Schilling. Mehrausgaben ergaben sich unter anderem bei Kultur und Volksbildung (22,4 Millionen) und für allgemeinbildende Pflichtschulen (38,1 Millionen Schilling).

Der Aufwand der Verwaltungsgruppe 4 stieg um 20,4 Millionen Schilling auf 990 Millionen Schilling. Mehrausgaben kamen vor allem durch höhere Aufwendungen im Wohlfahrtswesen zustande. Besondere Kostenpunkte: Hauskrankenpflege und Aktion "Essen auf Rädern."

Um 63,6 Millionen Schilling stieg der Aufwand der Verwaltungsgruppe 5 gegenüber dem Voranschlag auf insgesamt 2,7 Milliarden Schilling. Die Rubriken "Gesundheitsschutz und Gesundheitsfürsorge" und die Rubrik "Krankenanstalten" waren besonders kostenintensiv. Unter anderem schlugen der Ankauf eines Röntgenzuges (1,5 Millionen Schilling) und Mehrausgaben von 76,1 Millionen Schilling beim Sachaufwand für die Krankenanstalten zu Buche.

Vor allem durch Ausgaben für Vermessungs- und Planungsarbeiten und für die Durchführung von Verkehrserhebungen stiegen die Gesamtausgaben der Verwaltungsgruppe 6 gegenüber dem Voranschlag von 25,5 Millionen auf 34,9 Millionen Schilling.



92,1 Millionen Schilling betrug der Mehraufwand der Verwaltungsgruppe 7 und stieg damit auf mehr als 1,5 Milliarden Schilling an. Der Wohnhaus- und Siedlungsbau erforderte allein Mehrkosten von 32,2 Millionen Schilling. 1970 wurden 2073 Wohnungen in traditioneller Bauweise und 1251 Wohnungen im Montagebauweise fertiggestellt. Mit dem Bau von 4611 Wohnungen wurde begonnen. Für den Bäderbau wurden 11,3 Millionen Schilling aufgewendet.

Um 18,2 Prozent mehr wurde in der Verwaltungsgruppe 8 aufgewendet, was Gesamtausgaben von mehr als 2 Milliarden Schilling ergab. Für die Erhaltung der Straßen wurden 2 Millionen Schilling, für den Straßenbau 58,6 Millionen Schilling zusätzlich zur Verfügung gestellt. Beim Brücken- und Wasserbau wurde der Ansatz um 14 Millionen Schilling überschritten, bei den Wasserwerken gab es vor allem für bauliche Herstellungen einen Mehrbedarf von 52,4 Millionen Schilling. Insgesamt wurden 1970 mehr als 188 Millionen Kubikmeter Wasser an die Wiener Bevölkerung geliefert. Auf dem Sektor "Gärten" entstanden Mehrausgaben von 84 Millionen Schilling, davon allein 80 Millionen für die Sonderrücklage zur Errichtung der Großgrünanlage Laaerberg. Stadtreinigung und Fuhrpark verursachten durch den strengen Winter 1969/70 Mehrausgaben von 89 Millionen Schilling. Die auch im Berichtsjahr gestiegene abgeführte Müllmenge betrug 2,3 Millionen Kubikmeter oder 374.000 Tonnen.

Rund 276 Millionen Schilling - Mehrkosten von 18,8 Millionen - betragen die Ausgaben in der Verwaltungsgruppe 9. Unter anderem wurden bei der öffentlichen Beleuchtung für die Instandhaltung zusätzlich 2,9 Millionen und für den Neu- und Umbau 5,9 Millionen Schilling aufgewendet. Die Rubrik "Technischer Verkehrsangelegenheiten" erforderte 4,6 Millionen Schilling mehr: 7361 Straßenverkehrszeichen, 59 beleuchtete Wegweiser und 12 beleuchtete Wegweiserbrücken wurden damit unter anderem installiert.

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe 10 stiegen vor allem durch vermehrte Grundankäufe um 454,9 Millionen auf mehr als 1 Milliarde Schilling. Der Aufwand für die Grunderwerbungen betrug allein 400 Millionen Schilling.



Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe 11 stiegen um 316,2 Millionen auf 2,7 Milliarden Schilling an. Mehrausgaben von 751,6 Millionen Schilling erwuchsen vor allem auf dem Sektor Wohnbauförderung. Zu den Leistungen des Landes Wien nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 erklärte Stadtrat Schweda, daß um mehr als 446 Millionen Schilling über die gesetzliche Verpflichtung hinaus geleistet wurde. Die Überschreitung bei den städtischen Wohnhäusern um 65,6 Millionen Schilling ergab sich hauptsächlich durch Verbesserungsarbeiten nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz.

Die Verwaltungsgruppe 12 weist als einzige Minderausgaben in der Höhe von 31,4 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag auf. Der Grund: wegen verspäteten Baubeginnes konnten die Mittel für die Errichtung des Großgrünmarktes nicht zur Gänze verwendet werden. Auch beim Bau der zentralen Versorgungsanlagen in St. Marx gab es Verzögerungen und infolgedessen geringere Ausgaben.

#### Kontrollamtsbericht

Zum Kontrollamtsbericht 1970 hielt Stadtrat Schweda generell fest, daß er keine schwerwiegenden Mängel aufgedeckt habe. Freilich: "Es wird nur dort gefehlt, wo auch gearbeitet wird." Daß in der Stadtverwaltung gearbeitet werde, anerkenne die Bevölkerung und bestätigen zahlreiche ausländische Besucher. Dennoch: wir brauchen Kontrolle, die die Verwaltung in die Grenzen des Rechts zwingt.

Die Beteiligungen der Stadt Wien seien im wesentlichen wirtschaftlich, sparsam und zweckmäßig geführt worden, führte der Redner weiter aus.

Zum Sonderbericht des Kontrollamtes über die Heizbetriebe Wien stellte Stadtrat Schweda fest, daß er sich seit Beginn seiner Amtstätigkeit als Finanzreferent eingehend und mit viel Zeitaufwand diesen Problemen gewidmet habe. Dabei habe er aber auch die Erkenntnis gewonnen, wie leicht ein solches Unternehmen in Mißkredit gebracht werden könne. Daß mit der Fernwärmeversorgung technisches Neuland beschritten worden sei, lasse sich durch ausländische Beispiele, die unter anderem die sozialistische



Fraktion des Hauses auf einer Studienreise kennenlernen konnte, wie auch durch Studium der Literatur nachweisen. Hingegen konnten Experten aus Deutschland, gerade beim Fernwärmewerk Spittelau ihrerseits neue Erkenntnisse gewinnen: So werde etwa in München eine Wärmekraftkupplung nach Wiener Muster gebaut.

Stadtrat Schweda warb im Zusammenhang mit der Fernwärmeversorgung um das Verständnis der Gemeinderäte und der Bevölkerung. Ein schwieriges Problem sei insbesondere die Tarifgestaltung; hier müsse jedoch im Interesse einer wirtschaftlichen Führung jede Subventionierung der Heizkosten abgelehnt werden. Für sozial bedürftige Mieter seien bekanntlich Wohnbeihilfen in respektabler Höhe vorgesehen. Die Wahlkampfüberlegungen der ÖVP in diesem Zusammenhang seien an den Mietern selbst gescheitert, die sich nicht hätten einspannen lassen.

Die Probleme der Fernwärmeversorgung seien genereller Art. Die mangelnde Meßmöglichkeit - der sogenannte Strichpreis - habe zur Folge, daß der Verbrauch nur mit annähernden Werten gemessen werden könne. Stadtrat Schweda zitierte dazu ausführlich aus einschlägigen Fachzeitschriften. Wenn bisher über diese Problematik eine Informationslücke zwischen Verwaltung und Mietern bestanden habe, so werde er sich persönlich dafür einsetzen, daß dieser Mangel alsbald beseitigt wird, erklärte Stadtrat Schweda.

Schweda kam dann auch auf das Problem der Wärmedämmung zu sprechen und erklärte, Hochbaustadtrat Pfoch habe Auftrag gegeben, in allen jenen Fällen, in denen - obwohl selbstverständlich die Vorschriften der Bauordnung eingehalten worden seien - die Situation besonders ungünstig sei, noch vor Beginn der nächsten Heizperiode Verbesserungen vorzunehmen. Zudem trete er, Schweda, dafür ein, daß die Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Bauphysik vorangetrieben werden. Entsprechend einer Anregung des Kontrollamtes prüfe der Magistrat bereits, ob nicht gewisse betriebsfremde Belastungen der Heizbetriebe, die aus kommunalpolitischen Überlegungen als Vorausleistungen für die Stadtentwicklung beziehungsweise als Beitrag für den Umweltschutz zu gelten hätten, durch den Magistrat abgegolten werden sollten.

Ausdrücklich betonte der Finanzreferent, er bedaure die ver spätete Abrechnung der vergangenen Heizperiode und werde alles



daran setzen, daß sich dies nicht mehr wiederhole. Der Magistrat habe überdies zwei Rechtsgutachten eingeholt, um zu prüfen, wie die verschiedenen Verträge vereinheitlicht werden könnten. Die Geschäftsführung der Heizbetriebe sei zudem dringend gebeten worden, zusätzliche Wärmeabnehmer zu suchen und um eine flexible Tarifgestaltung für Großabnehmer besorgt zu sein. Der Vertrag mit dem Bund sei bereits unterzeichnet und sehe vor, daß in den nächsten Jahren gewisse Bundesgebäude bis zu 100 Gigakalorien Wärme abnehme.

Als seinen eigenen und gewiß auch den des ganzen Gemeinderates bezeichnete Schweda den Wunsch, die Heizbetriebe möglichst noch bis Jahresende in dem Verband der Wiener Stadtwerke zu integrieren, damit alle Energieträger in einer Hand vereinigt seien.

Die Verantwortung für das Unternehmen, zu der er sich bekenne, gelte aber auch für die Menschen, die dort tätig seien. Aus diesem Grunde verstehe er nicht, daß die österreichische Volkspartei noch vor Behandlung dieses Kontrollamtsberichtes im Gemeinderat nach der Wirtschaftspolizei gerufen habe. Man müsse die gesamte Entwicklung und alle Fakten im Zusammenhang sehen. Dann erkenne man auch, daß hier sehr bedeutende Arbeiten geleistet worden seien, wie dies schon in Beurteilungen durch ausländische Fachleute zum Ausdruck gekommen sei. Die von der Volkspartei ins Spiel gebrachte politische Schlagseite habe seiner Meinung nach einen unangenehmen Beigeschmack und er überlasse es dem Gemeinderat, wie er die Vorgangsweise beurteile, schloß Stadtrat Schweda seine Berichterstattung.

#### Debatte

GR. Joachim Müller (DFP) kritisiert die Ausstattung des Fernheizwerkes, die für einen Zweckbau viel zu luxuriös sei. Man baute vollautomatische Jalousien ein, verwendete teure Kunstharzanstriche, teure Stufen und Stiegingeländer, wie sie für städtische Wohnbauten nicht verwendet werden, usw. Eine sparsamere Verwendung der öffentlichen Gelder sei unbedingt zu verlangen. Durch eine bessere Planung könnten auf dem Hochbau- und Tiefbau-sektor bedeutende Mittel erspart werden. Man nimmt unzählige Großbauvorhaben in Angriff, deren Baufortschritt oder deren Fertigstellung durch zu geringe Kapazität der Baufirmen dann aber hinausgezögert wird und dadurch zu Mehrausgaben führt. So hat man ein 200 Millionen Schilling Investitionsdarlehen aufgenommen, die erforderlichen

./.



Investitionen dann aber aus den vorhandenen Mitteln finanzieren können. Wozu also die Zinsenbelastung? Die Planungstätigkeit für die Stadt müßte weitaus mehr koordiniert werden. Ein langfristiges Gesamtkonzept wäre zu erstellen. Abschließend beantragt der Redner, bis zur Überprüfung der vom Kontrollamt aufgezeigten Unregelmäßigkeiten durch eine vom Gemeinderat bestellte Kommission die Anträge zu Post 3 - Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien - zurückzustellen. Die Kommission müßte die aufgezeigten Mängel untersuchen und in öffentlicher Sitzung behandeln.

GR. Wolftram (FPÖ) beschränkte sich ausschließlich auf den Kontrollamtsbericht über die Heizbetriebe: Er sei spannend wie ein Kriminalroman zu lesen, und ende auch mit einem Toten, der Wiener Stadtverwaltung. Er sei sich dessen bewußt, daß öffentliche Einrichtungen nicht immer rentabel sein können. Bei der Fernwärme überstiegen jedoch die wirtschaftlichen und technischen Fehlentscheidungen jedes Maß. Nicht nur, daß bei der Fernwärme keine Abstimmung mit anderen Energieträgern erfolgt sei (Energiekonzept), habe man sich auch der Nachlässigkeit schuldig gemacht, Angebot und Bedarf völlig außer acht zu lassen. Die Folge: teure Fernwärme fände keine Abnehmer, werde in die Luft geblasen.

In anderen Städten - zum Beispiel Salzburg und Klagenfurt - habe man zuerst die Leitungen gebaut, die Fernwärme verkauft und dann erst das Werk gebaut, in Wien sei man den umgekehrten Weg gegangen. Wer die sinnlose Vernichtung nutzloser Fernwärme beschönigen wolle, mache sich des Betruges an den Steuerzahlern schuldig.

Die Fernwärme müsse nicht immer ein Verlustgeschäft sein. Beispiele aus der Deutschen Bundesrepublik bewiesen dies, meinte der Redner. Auch an Details des Fernwärmewerkes Spittelau ließ Wolftram kein gutes Haar. Er bemängelte zahlreiche technische Einrichtungen des Hochkamins, stellte ihre Notwendigkeit in Abrede und meinte, der Kamin sei viel zu aufwendig gebaut worden.

Die Heizbetriebe hätten sich bei der Erstellung eines Wirtschaftsplanes als unfähig erwiesen. Unter der Kontrolle der Stadtverwaltung hätten diese Fehler nie passieren können. Nach einem Seitenhieb auf die ÖVP und insbesondere auf Frau



Stadtrat Dr. Schaumayer - "hätten Sie damals nicht zugestimmt, als die Heizbetriebe als selbständiger Wirtschaftskörper installiert wurden, müßten sie heute nicht nach der Wirtschaftspolizei rufen" - stellte er für seine Partei den Antrag, die Heizbetriebe aufzulösen und in die Stadtwerke einzugliedern.

Eines der dunkelsten Kapitel nach der Stadthallen-Filmpleite nannte der nächste Debattenredner, GR. Hahn (ÖVP), die Verschleuderung von Dutzenden Millionen von Steuergeldern durch die Wiener Heizbetriebe. Leider lasse sich dieser Fehler nicht liquidieren wie besagte Filmproduktion.

Der Forderung der ÖVP nach einem Energiekonzept wurde nicht nachgekommen. Es sei auch unfassbar, daß noch immer keine Bilanz der Heizbetriebe vorliegt, daß sie sich immer noch hinter dem Ges.m.b.H. - Gesetz verstecken könnten.

Die ÖVP sei für moderne Heizmethoden, stellte Hahn fest, aber gegen eine Plan- und Kopflosigkeit in der Energieversorgung. Bei den Heizbetrieben seien die Mißstände so groß, daß menschliche Unzulänglichkeit nicht als Entschuldigung gelten könne. So sei die zweite Wärmekraftkupplung ohne Zustimmung des Aufsichtsrates bestellt worden. Die Gemeindemieter, die jetzt überhöhte Wärmepreise bezahlen müßten, könnten auch nicht verstehen, daß ausgerechnet jener Architekt mit dem Bau des Fernheizwerkes betraut wurde, der schon nach der Errichtung der Müllverbrennung Flötzersteig ein um 6 Millionen zu hohes Honorar bekommen hatte.

Abschließend stellte GR. Hahn den Antrag nach Abberufung der Geschäftsführung der Heizbetriebe-Ges.m.b.H. und Weiterleitung des Kontrollamtsberichtes an die Wirtschaftspolizei.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) sagte: Wir waren dafür, daß der Kontrollamtsbericht erstellt wird, damit Mängel festgestellt werden und dann abgestellt werden können - es gibt aber keinen Hinweis in diesem Bericht auf eine Veruntreuung, einen Betrug oder einen Bauskandal, wie es der Vorredner angedeutet hat.

Der Redner nahm dann zu einigen Einzelproblemen Stellung: 1960 wurde davon gesprochen, daß im Allgemeinen Krankenhaus ab 1975 Vollbetrieb sein und die Wärme ab 1971 benötigt werde. Dementsprechend wurden beim Fernwärmewerk Kessel und Leitungen geplant und gebaut.



Was die Wärmevernichtung betrifft, so kann sich auch das Kontrollamt irren. Wer vier Kessel hat, muß nicht alle anheizen. Nur die Müllverbrennung muß immer in Betrieb sein, weil der Müll vernichtet werden muß. Wenn dabei im Sommer die erzeugten 30 Gcal nicht voll ausgenützt werden, bleibt nichts anderes übrig, als die überschüssige Wärme zu vernichten. Solche Wärmevernichtung gibt es aber auch in vielen anderen Betrieben.

Der Standort des Fernheizwerkes Süd kann nicht nur nach der Länge der Leitung zur Per Albin Hansson-Siedlung beurteilt werden, weil es für den gesamten südlichen Raum bestimmt ist.

Zum Vorwurf, es bestehe kein Koordinierungsplan für die Energieversorgung, stellte GR. Ing. Hofstetter fest, daß zwei Jahrzehnte hindurch die ÖVP den Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen stellte, der für die Energieversorgung verantwortlich war. (GR. Hahn (VP): Das ist eine Verdrehung).

Manche Zeitungen versuchen jetzt, einen Skandal zu konstruieren, aber wenn in einem großen Artikel als Maßeinheit für den Wärmeverbrauch die Kilowattstunde statt der Gigakalorie verwendet wird und behauptet wird, daß die Fernwärme teurer als Strom und Gas sei, obwohl doch der Kontrollamtsbericht das Gegenteil feststellt, dann kommt man zum Schluß, daß der Autor den Bericht offenbar gar nicht gelesen hat. Der Redner verlas dann den Brief eines Komitees von Fernwärmebeziehern aus der Krottenbachstraße, der eine Distanzierung von politischen Bestrebungen in dieser Frage enthält. "Die Fernwärmekunden wissen," stellte GR. Ing. Hofstetter fest, "daß wir bemüht sind, einen gerechten Preis zu ermitteln".

Ein Vergleich mit anderen österreichischen Werken ergebe, daß Klagenfurt, die Hofburg, Wels, Graz und Salzburg einen höheren Fernwärmepreis und nur St. Pölten und das Arsenal einen niedrigeren haben. Man sollte sich aber künftig bemühen, den Mietern verschiedene Tarife zur Auswahl zu stellen. International sind die Verdunstungszähler derzeit die gebräuchlichste Form, da eine Wärmemessung so teuer kommt, daß sie unwirtschaftlich wäre.



Das Wiener Fernheizunternehmen wurde vor etwa zwei Jahren gegründet und hat natürlich Anfangsschwierigkeiten, vor allem, weil es Vorleistungen erbringen muß. So werden derzeit jährlich rund 500 Millionen investiert, aber der Umsatz beträgt vorerst nur rund 100 Millionen - während zum Beispiel bei den Stadtwerken 1,3 Milliarden Investitionen 6 Milliarden Umsatz gegenüberstehen. Die Fernwärme ist nötig - wegen des höheren Wohnkomforts, wegen ihres Beitrages zur Luftverbesserung und zur Müllbeseitigung. Das Prinzip der Kostendeckung muß gewahrt bleiben, aber man wird die Vorleistungen anders als bisher behandeln müssen. Die Angriffe gegen die Bemühungen der Stadt Wien auf diesem Gebiet seien der Versuch, ein gigantisches Werk zu diskreditieren. Die ÖVP weigere sich, große Vorhaben für Wien zu unterstützen, wie das auch schon beim verbesserten Hochwasserschutz und den Olympischen Spielen der Fall war. Die Sozialisten werden eben weiterhin allein diese großen Projekte verwirklichen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellte bildhaft den "Zweckpessimismus der Rathausmehrheit" bei der Erstellung der Voranschläge dar: Im Laufe des Budgetjahres komme dann die günstige wirtschaftliche Entwicklung wie eine gute Fee und verwandle den düsteren Budgetwald in eine liebliche Landschaft. Allerdings widerspreche derlei der Budgetwahrheit: Wenn nämlich beispielsweise für die Gewerbesteuer keine nennenswerte Steigerung vorausgesagt werde, diese Steuer aber tatsächlich eine Steigerung um 100 Millionen Schilling bringe - dann sei hier mit der Fähigkeit zur realistischen Abschätzung der Einnahmementwicklung irgendetwas nicht in Ordnung.

Dr. Schmidt beschäftigte sich auch mit einzelnen Teilbereichen: Gut dotiert habe man den Ausbau der Krankenanstalten. Das Gegenteil müsse von den Altersheimen und den Kindertagesheimen gesagt werden. Im übrigen scheine im organisatorischen Bereich des Spitalswesens einiges nicht in Ordnung zu sein. Angesichts der schon zu einem Gemeinplatz gewordenen Knappheit an Spitalsbetten -



Interventionen wegen eines Bettes würden immer wieder bei den Mandataren verlangt - komme einer Überprüfung der Bettenzentrale durch das Kontrollamt besondere Bedeutung zu: Dabei wurde festgestellt, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt die Zahl der freien Spitalsbetten größer war als die Zahl der nicht unterbringbaren Patienten.

Sehr lobend äußerte sich der Redner über die Vorschläge des Kontrollamtes zu Personaleinsparungen bei einigen Dienststellen. Die dem Kontrollamt inzwischen zugesagte Reduzierung des Personalstandes im Presse- und Informationsdienst, sagte Schmidt, rechtfertige nachträglich die Kritik der FPÖ an diesem "Lieblingskind der Magistratsdirektion".

Für den Tiefbau sei nunmehr die Stunde der Wahrheit angebrochen: die schweren Fehler besonders bei den Verkehrsbauwerken Matzleinsdorfer Platz und Ostbahn-Unterführung drängten dem Beobachter in erster Linie die Frage auf, wie denn das alles passieren konnte, ohne daß es irgendjemand aufgefallen wäre - und das, obwohl jeder Akt vom amtsführenden Stadtrat abwärts eine Reihe von Unterschriften hoher und höchster Beamter trage. Ebenso sei immer wieder mit dem Brustton der Überzeugung verkündet worden, keine einzige Aufgrabung im Stadtgebiet könne zufällig, unbeabsichtigt oder gar leichtfertig begonnen werden. Vielmehr sei hier eine lückenlose Koordination gewährleistet, dies schon allein durch die Verwendung des unbestechlichen Computers. Und nun lese man anders: Baumaßnahmen seien manchmal überhaupt nicht erfaßt worden, Terminveränderungen seien niemals zur Kenntnis der Koordinationsstelle gelangt. Mit den Worten des Kontrollamtes: "Die Übersicht war vielfach nicht gegeben ...".

Abschließend deponierte Dr. Schmidt die Zustimmung seiner Fraktion zu Rechnungsabschluß und Kontrollamtsbericht.

GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) begrüßt, daß der Kontrollamtsbericht umfangreicher als in den vergangenen Jahren ist. Nach Meinung seiner Fraktion müßte das Kontrollamt dadurch unabhängig gemacht werden, daß es direkt als ein dem Gemeinderat oder Landtag unterstelltes Organ zu organisieren sei.



Zum Rechnungsabschluß: Der Redner übt Kritik daran, daß - wie bereits in vergangenen Jahren - auch 1970 die Ansätze bewußt niedrig gehalten wurden und nun nicht nur durch die gute wirtschaftliche Entwicklung die Einnahmenergebnisse die budgetierten Ziffern bei weiten übertroffen haben. Eine zu geringe Budgetierung sei jedoch ein absichtliches Abweichen von den voraussichtlichen Ergebnissen und daher eine bewußte Fehlinformation des Gemeinderates und der Öffentlichkeit. Sollen die Demokratie und das Budgetrecht des Gemeinderates nicht zur Farce werden, dann darf man den grundlegenden demokratischen Grundsatz der Budgetwahrheit nicht auf die leichte Schulter nehmen, dann darf mit der Budgetwahrheit nicht jongliert werden.

Der Redner verweist auf das Beispiel Investitionen. Er bezeichnet den Kassastand der Gemeinde Wien um 1,5 Milliarden überhöht. Er wurde mit Fremdmitteln finanziert, und zwar wurde das Geld zu einem Zinsendienst von 7 bis 8 Prozent aufgenommen, aber mit nur 4 bis 5 Prozent eingelegt. Eine derartige Finanzpolitik koste die Stadt Wien aber Geld, und zwar jährlich rund 30 bis 40 Millionen.

Der Redner richtet das dringende Ersuchen an den Finanzreferenten, den um 1.500 Millionen überhöhten Kassastand der Stadt Wien unter Heranziehung des Kontrollamtes einer Revision zu unterziehen. Er stellt weiter einen Antrag, die im Rechnungsabschluß ausgewiesenen Mittel der Sonderrücklage für Investitionszwecke gemäß der vorgesehenen Widmung einzusetzen, sowie einen Antrag, den nach Vornahme aller Buchungen sich ergebenden Überschuß im Betrag von 32,842.031.09 Schilling einer Sonderrücklage für kulturelle Zwecke zuzuführen. Das wäre ein Betrag, der in seiner Höhe jenem der geplanten Kulturschillingabgabe entspräche. Der Bevölkerung konnte damit eine neue Steuer erspart werden.

./.



GR. Dinhof (SPÖ) sorgte gleich zu Beginn seines Debattenbeitrages für Lebhaftigkeit im Gemeinderat. Seine Bemerkung, er, Dinhof, habe den Eindruck, alle anderen Fraktionen hätten beim Rechnungsabschluß 1970 lieber ein Defizit als einen Überschuß gesehen, erregte Sturm: Zwischenrufe von der ÖVP-Seite: "Das ist doch nicht ernst zu nehmen", "Das ist eine Unterstellung." Ruhiger wurde es erst wieder, als er Wiens Finanzpolitik der Finanzpolitik Tirols gegenüberstellte. Gemessen an den Einnahmen, habe Tirol im vergangenen Jahr mehr Überschuß den Rücklagen zugeführt als Wien. Was für Tirol den ÖVP-Politikern recht ist, scheint den Wiener ÖVP-Politikern nicht billig zu sein.

Gewissenhaftigkeit und Vorsicht seien die Grundsätze der Finanzpolitik gewesen. Daraus könne man der SPÖ doch keinen Vorwurf machen. Nur die vorsichtige Finanzpolitik habe es ermöglicht, daß die Stadtverwaltung flexibel und rasch reagieren konnte. Beispiele: Wien habe als eine der wenigen Städte Europas klaglos die höhere Schülerzahl verkraftet. Nur der Bau von zusätzlichen 150 Schulklassen habe ermöglicht, ohne Wechselunterricht auszukommen. (Beifall SPÖ),

Stadtrat Maria Jacobi habe man vorgeworfen, sie sei nicht imstande gewesen, den Bau von fünf dringend benötigten zusätzlichen Kindergärten durchzusetzen. Die finanzielle Wendigkeit habe jedoch ermöglicht, diese Kindergärten nicht erst zum geforderten Termin 1972 sondern bereits 1971 fertigzustellen. -

Auch die unvorhergesehenen Ausgaben auf dem Bausektor zeigten, wie wichtig Beweglichkeit durch Rücklagenpolitik sei.

Die Förderung des sozialen Wohnbaues zeige am deutlichsten die Richtigkeit der bisherigen Politik. Die Addition aller Förderungsmaßnahmen aus der Wohnbauförderung 1968 habe ein Manko von mehr als einer Milliarde gegenüber den präliminierten Ausgaben gebracht. Hätte man nicht vorsichtig gewirtschaftet, wäre die Stadtverwaltung vor große Probleme gestellt worden.

GR. Lehner (ÖVP) stellte fest, daß zahlreiche Vorschläge, die seine Fraktion auf dem Sozialsektor gemacht habe, zuerst abgelehnt, aber kurze Zeit später - mit einem roten Mascherl versehen - realisiert worden seien.



Als Beispiele nannte er die Aktion "Essen auf Rädern", die Sozialberatungsstellen und die Aktion Sozialhilfe. Die Forderung der ÖVP, bei den Pensionistenklubs keine Gebühren einzuheben, sei ebenfalls anfänglich abgelehnt worden - jetzt aber werde keine mehr eingehoben.

Bei den Pensionistenheimen stehen 7.000 Personen auf der Warteliste. In Wien, meinte der Redner, sei dem alten Menschen leider sehr spät jener Platz eingeräumt worden, der ihm rechtmäßig zusteht.

Auch auf dem Personalsektor der Spitäler habe sich die Stadtverwaltung zu spät zu Massnahmen entschlossen, der viel zu geringen Zahl von Krankenschwestern entgegenzuwirken. Gegenwärtig sind in Wien 2.200 Betten aus Personalmangel gesperrt, nach vollem Anlaufen der Urlaubszeit werden es aber mehr als 3.000 sein. Mehrere Klinikchefs hätten auf diese unhaltbare Situation aufmerksam gemacht - vergebens. Es müsse getrachtet werden, die Mädchen gleich nach der Schulausbildung für den Krankenpflegeberuf zu gewinnen. Die von Gesundheitsstadtrat Dr. Glück gemachte Anregung, Medizinstudenten in der Krankenpflege einzusetzen, wertete GR. Lehner als positiv. Vielleicht müsse man eines Tages auch daran denken, Bundesheer-Angehörige für den Spitals-Hilfsdienst heranzuziehen.

Dr. Peter Mayr (ÖVP) beschäftigte sich in seinen Debattenbeitrag mit dem Problem der Vergabe von Bauaufträgen. Er erinnerte daran, daß im Kontrollamtsbericht einige mangelhafte Ausschreibungen kritisiert worden seien. Die für den Magistrat verbindlichen Ö-Normen beziehungsweise Richtlinien der Magistratsdirektion seien in Ordnung, nur bei der Durchführung ließen sich oft mangelnde Planung und Koordinierung sowie fehlerhafte Leistungsverzeichnisse feststellen. Seiner Meinung nach wäre es besser, länger zu planen und dafür kürzer zu bauen. Mayr verlangte vor allem eine bessere Koordinierung von Großbauvorhaben, damit nicht etwa bei der Sperre einer Straße auch in der Umleitungsstraße Arbeiten vorgenommen würden.



Er legte dem Gemeinderat sodann eine Reihe von Vorschlägen zur besseren Koordinierung vor, wie etwa vor der Ausschreibung von Bauvorhaben eine interne Koordinierung des Magistrates und einen abgestuften Baubeginn nach Größe der Vorhaben, damit nicht die Firmen bloß formell zu arbeiten beginnen, weil sie zufolge der oft langwierigen Formalitäten vom Zuschlag überrascht würden. Abschließend regte Mayer an, daß die Ausschüsse des Gemeinderates mehr als bisher Zeit für die Prüfung der Anträge erhalten sollten.

GR. Glaser (SPÖ) meinte, das Kontrollamt solle mit den kontrollierten Abteilungen Rücksprache nehmen, um sachlich und gerechtfertigte Berichte zu sichern. Bei Tiefbauarbeiten könne es immer Überraschungen geben. Man kann zwar vor Baubeginn Probebohrungen durchführen, aber zwischen den Bohrstellen können die Verhältnisse völlig anders sei - und schon komme es zu Erhöhungen der Bauzeiten und Kosten. Auch verschiedene Regieleistungen können nicht im vorhinein exakt berechnet werden. Es wäre interessant, wenn das Kontrollamt auch berichten würde, bei wieviel Baustellen weniger Regiestunden als vorher angenommen verrechnet wurden.

An einigen Beispielen zeigte GR. Glaser, wodurch es zu längeren Bauzeiten und höheren Kosten gekommen ist und meinte, daß bei Kenntnis und Würdigung dieser Tatsachen einiges im Kontrollamtsbericht hätte anders dargestellt werden müssen. Die Wiener sollen und müssen wissen, was mit ihrem Steuergeld geschieht, aber sie sollen sachlich und objektiv informiert werden. Das Kontrollamt stellt fest, daß auf dem Großteil der Baustellen keine oder nur geringfügige Mängel festgestellt wurden. Einige Zeitungen, denen der Bericht noch vor der Übermittlung an die zuständigen gewählten Organe zugespielt wurde, versuchen trotzdem einen Bauskandal zu konstruieren. Wer nur die unsachlichen Presseberichte kennt, muß den Eindruck gewinnen, daß alle Beamte korrupt, alle Bauunternehmer Lumpen und alle Bauarbeiter faul seien. Dagegen müsse man sich im Namen aller entschieden verwahren.



GR. Neusser (ÖVP) kritisierte zuerst den Umstand, daß das Kontrollamt weisungsgebunden sei. (Zwischenrufe der FPÖ: "Sie haben ja seinerzeit selbst für diese Regelung gestimmt!"). Im übrigen erklärte Neusser, er wolle es unternehmen, die im Bericht nicht erwähnte Verwaltungsgruppe Planung unter die Lupe zu nehmen. Er schilderte die verschiedenen Stadien im Planungs-geschehen um den Karlsplatz und nannte die Vorgangsweise der Stadt-verwaltung - in Anspielung auf den Wettbewerb zur gärtnerischen Ausgestaltung des Karlsplatzes - eine "Blumentopf-Politik".

Ein ebenso ernstes Kapitel sei die Absiedlung von Klein-gärtnern im Zuge städtischer Bauvorhaben. Auf eine ÖVP-An-frage hinsichtlich des weiteren Schicksals von 32 Kleingarten-Anlagen mit mehr als 2.000 Kleingärtnern habe seine Fraktion die Antwort erhalten, daß die Stadtverwaltung - ohne daß sie dazu eine gesetzliche Verpflichtung habe - Ersatzgründe suchen werde. Neusser wies darauf hin, daß die Stadtverwaltung hier eine schwere Verantwortung auf sich lade, falls sie diese Kleingärtner von ihrem Stück Land "vertreibe" und ihnen dann vielleicht doch keine Ersatzgründe gebe.

Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß Fehlleistungen in der Verwaltungsgruppe Planung in Zukunft unterbleiben würden. Im besonderen würdigte Neusser die Tendenz des Kontrollamtes, sich bereits im Planungsstadium in die Prüfung von Projekten einzuschalten. Auf diese Weise könnten Fehlleistungen recht-zeitig vermieden werden.

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) bezeichnete den Kontrollamtsbericht als korrekt und für die Verwaltung von großer Wichtigkeit. Aufgabe des Gemeinderates sei es nun, sich mit den aufgezeigten Probleme auseinanderzusetzen und eine unabhängige Stellung-nahme zu beziehen. Zur Kritik, die Planung scheine im Kontroll-amsbericht nicht auf: Die Gruppe Planung wurde erst 1969 ge-schaffen, es wurden aber im Bericht Planungsfragen weitgehend behandelt, wenn auch vielfach innerhalb anderer Geschäftsgruppen.



Zum Aufzeigen von Fehlern auf dem Hoch- und Tiefbausektor ist zu sagen, daß die Wiener Stadtverwaltung in diesem Bereich um 4 Milliarden gebaut hat und daß natürlich bei der Fülle von Bauvorhaben da oder dort Mängel auftreten können. Wir befinden uns in einer Periode umfangreicher Bautätigkeit, und es gebe Personalmangel nicht nur in der Verwaltung, sondern vor allem auch auf dem Bausektor. Trotzdem muß man der Wiener Wirtschaft und den Technikern das Kompliment machen, daß im großen und ganzen alles klappt. Dafür sei allen auf diesem Sektor Beschäftigten zu danken.

Auf dem Tiefbausektor seien Sachkreditüberschreitungen ebenso wenig zu verhindern wie bei Spezialbauten. Es sei auch im Interesse einer raschen Weiterführung der Vorhaben auf diesem Sektor nicht zu vermeiden, daß Arbeiten im Anhängerverfahren vergeben werden. Der Redner regt an, die in der Bau- und Magistratsdirektion bestehenden Vorschriften für den Baubereich einmal einer Überprüfung zu unterziehen und Möglichkeiten der Vereinfachung und Verkürzung des Vergabeweges zu ermöglichen. Spezialbauten wie Schulen etc. sind an Termine gebunden und nur eine rasche Arbeitsweise kann die Einhaltung dieser Termine gewährleisten.

Zur EDV-Kontrolle betreffend Aufgrabungen im Straßenbereich: Es kam zu kurzen Schwierigkeiten während der Umstellungszeit. Die Kontrolle habe es jedoch bereits früher gegeben.

Höhere Kosten bei Gürteltiefführung: Es handelt sich hier nicht um eine echte Kostenerhöhung, sondern um eine Erweiterung des Projektes im Interesse der Bevölkerung. Das Bauwerk wurde bereits 1963 begonnen und im Laufe der Jahre tauchten neue Wünsche auf. Wenn wir eine ursprünglich nicht geplante Passage nördlich des Matzleinsdorfer Platzes bauen, möge das vielleicht unwirtschaftlich sein, wird aber von der Margareten Bevölkerung sicher begrüßt werden.

Der Redner stellt abschließend fest, daß die Diskussion über den Kontrollratsbericht nicht dazu führen dürfte, daß die technischen Bediensteten, die ihre Arbeit unter den schwersten Bedingungen durchführen, plötzlich ihre Initiative verlieren. Das wäre eine "Aktion Vorschrift" und wir können uns in einer Zeit, in der wir so große Bauwerke in Arbeit haben, eine solche Haltung der Beamten nicht leisten.

./.



GR. Dr. Tuma (DFP) lobte das Kontrollamt, das erstmals nach langer Zeit einen Bericht geliefert habe, mit dem auch die Mehrheit des Gemeinderats unzufrieden sei. Gleichzeitig bejahte er das Recht auf Kritik an diesem Bericht. Der Redner appellierte schließlich an den Gemeinderat, dem Antrag seiner Partei, in einer Art hearing Angegriffenen und Kritikern Gelegenheit zu öffentlicher Stellungnahme zu geben, zu unterstützen.

Tuma setzte sich dann mit dem Fernwärmepreis auseinander und meinte, es wäre gerechter, die notwendigen Mehrkosten nicht den einzelnen Beziehern sondern der Allgemeinheit anzulasten, denn die Vorteile etwa der besseren Luft kommen ja allen zugute. Auch die noch mangelhafte technische Entwicklung - das Fehlen geeichter Zähler etwa - könne nicht den Wärmebeziehern allein angerechnet werden. Zur ÖVP gewandt meinte schließlich Tuma, sie trage in den Augen der Bevölkerung gleichfalls die Mitverantwortung.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) widmete seinen Debattenbeitrag ausschließlich dem Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien und dem Kontrollamtsbericht über den PID. Nach der Klage über die Unübersichtlichkeit bei der Finanzierung aller Belange der Werbung, der Information und der Pressebetreuung fand Dr. Glatzl anerkennende Worte über die Leistungen des PID. Die Information sei sachlicher geworden, Prestigewünsche der Politiker hätten im vergangenen Jahr nicht mehr ihren Niederschlag in Publikationen oder Plakaten gefunden. Ein konkretes Beispiel: der Tip des Rathausmannes im Hörfunk sei ausgezeichneter Kundendienst.

Die im Kontrollamt vorgeschlagene Reduzierung des Sach- und Personalaufwandes sei bereits durchgeführt worden. Auch den Trend vom Plakat zum Inserat habe der Presse- und Informationsdienst rechtzeitig erkannt. Lobend erwähnte Dr. Glatzl die Reduzierung der Ausgaben für Werbe- und Informationsprojekte um 2,2 Millionen Schilling. Bei der Vergabe von Inseraten - 1970 wendete der PID dafür 4,25 Millionen Schilling auf - bemängelte der Redner die Bevorzugung von Zeitungen, die der SPÖ nahestehen.



Werbung sei in Publikationen, deren Leser der Rathausmehrheit nicht nahestehen, viel wertvoller, argumentierte Dr. Glatzl.

Der Kontrollamtsbericht habe kräftig mitgeholfen, den Presse- und Informationsdienst zu verbessern. Es bliebe nur der Wunsch nach besserer Übersichtlichkeit bei den Ausgaben und in manchen Fällen eine Prüfung der Effektivität von Werbemaßnahmen durch das Kontrollamt.

GR. Haag (ÖVP) gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß das Kontrollamt in seinem Bericht dieselben Bedenken gegen die Umstellung auf Erdgas nur durch eine Firma geäußert habe. Da die Firma "Integral" nicht in der Lage war, die Termine einzuhalten, mußten die Gaswerke mithelfen, wodurch es zu großen Überstundenleistungen gekommen sei.

Die Tatsache, daß die "Integral" früher nicht im Installationsgeschäft gearbeitet hat, zeitigte vielfach Unzukömmlichkeiten. So hätte die Firma Geräte aufgestellt, von denen sich später herausstellte, daß sie anschlusmäßig nicht zulässig waren, weshalb sie nach Inspektion durch Beamte der Gaswerke ausgetauscht werden mußten. Von der "Integral" seien auch Geräte angeboten worden, die eine Lieferzeit von sechs bis acht Wochen hatten - eine für den von der Umstellung betroffenen Gasverbraucher unzumutbar lange Wartezeit.

Der Aktionsherd sei ursprünglich nur bei der "Integral" erhältlich gewesen; daß man dieses Gerät jetzt auch bei jedem Installateur kaufen könne, wertete der Debattenredner als einen Erfolg der Installateurinnung.

Mit den im Kontrollamtsbericht erwähnten gemeinwirtschaftlichen Betrieben beschäftigte sich sodann Gemeinderat Hoffmann (ÖVP). An 32 Betrieben mit einer Kapitalsumme von 1065 Millionen Schilling sei die Stadt mit 985 Millionen Schilling beteiligt. Die Fusionierung von vier Betrieben zur "Bauring Wien Ges. mbH." sei notwendig gewesen, doch müsse man sich fragen, wo eine weit-schauende Planung gewesen sei, da es nun vier Fertigteilwerke gäbe. Bedauerlich sei es, daß die Kapazität der "Biomull" bloß zu 50 Prozent ausgelastet sei. Hoffmann kritisierte sodann die "Ekazent", weil aus dem Kontrollamtsbericht hervorgehe, daß sie sich, freilich erfolglos, in die Bodenspekulation eingelassen habe, obwohl doch die Bodenspekulation im Gemeinderat oft genug angegriffen worden sei. ./.



Abschließend erklärte der Redner, trotz der noch immer gegebenen Weisungsabhängigkeit des Kontrollamtes enthalte der heutige Bericht erstmals positive Ansätze für eine echte Kontrolle und damit für die Möglichkeit einer umfassenden Debatte im Gemeinderat. Deshalb werde seine Fraktion diesem Bericht ebenso wie dem Rechnungsabschluß zustimmen.

GR. Pöder (SPÖ) begann mit einem Bekenntnis zum Kontrollamt, zur strengen, sachlichen und objektiven Kontrolle. Die heutige lange Diskussion beweise, daß in Wien eine solche Kontrolle durchgeführt werde. Leider wurde jedoch der Kontrollamtsbericht dazu mißbraucht, eine richtiggehende Beamtenhatz zu entfalten. Es wird nur von wenigen gewürdigt, daß die 53.000 Bediensteten der Stadt Wien eine gewaltige Aufgabe erfüllen. Statt dessen spricht zum Beispiel die "Wochenpresse" von einer "Beamtenschwemme im Rathaus" und von "Schreibtischhengsten" und gibt einige Beanstandungen in einer Art wieder, die nichts mehr mit der Freiheit des Wortes, zu der sich die SPÖ leidenschaftlich bekennt, zu tun hat.

Es werden die Personaleinsparungen bei den Stadtwerken bezweifelt. Tatsächlich wurde der Sollstand bei den Stadtwerken um 2.500 Bedienstete von 19.715 auf 17.215 Bedienstete verringert. Der tatsächliche Personalstand beträgt 16.044, was einen Unterstand von 1.171 ergibt. Es ist klar, daß nur unter Aufbietung aller Kräfte, mit enormen Leistungen und manchmal unter Umständen, die in der Privatwirtschaft nicht denkbar wären, die großen Aufgaben bewältigt werden können. Die Personaleinsparungen geschahen in einer Zeit, in der die Arbeitszeit wesentlich gekürzt und die Urlaubsbestimmungen verbessert wurden.

Das Kontrollamt hat auch einige Unzukömmlichkeiten in der Wagenrevision festgestellt. In der "Wochenpresse" wird das so dargestellt, als seien alle Bediensteten schlafend oder nicht am Arbeitsplatz vorgefunden worden. Das steht aber nicht im Kontrollamtsbericht. Dafür steht darin, daß im Zeitpunkt der Kontrolle alle anfallenden Arbeiten erledigt waren.



Die Nachtschicht in der Wagenrevision kann nicht nach dem Gesichtspunkt der Produktivität eingesetzt werden, sondern für die Sicherheit der Fahrgäste, wobei der Arbeitsanfall naturgemäß manchmal größer, manchmal kleiner ist. Natürlich wird man diese Sache überprüfen müssen und das geschieht auch dauernd - aber das ist nicht Angelegenheit der Bediensteten, sondern der Unternehmensleitung im Einvernehmen mit der Interessenvertretung.

Es wird auch behauptet, daß die Zahl der Bediensteten im Verwaltungsdienst relativ weniger gesunken ist. Es ist allerdings unrealistisch, zu glauben, daß bei der Einsparung von "Schreib-tischhengsten", um im Jargon der "Wochenpresse" zu bleiben, auch nur ein Fahrer oder Facharbeiter gewonnen wird. In einer Zeit, in der sich die ganze westliche Welt den Kopf darüber zerbricht, wie man durch den technischen Fortschritt freiwerdende Arbeitskräfte durch Umschulung in ähnlichen Berufen unterbringen kann, darf man sich die Sache nicht so leicht machen.

Schon etwas ernster ist ein Artikel im "Kurier" vom 22. Juni mit dem Titel "Kontrollamt enthüllt Bauskandal". Hier werden Vergleiche mit dem Pauskandal im Bund gezogen. Zwischen Organisationsmängeln und Fehlleistungen, wie sie in der Hast des Baugeschehens vorkommen können, und dem seinerzeitigen Bauskandal im Bund besteht jedoch ein gewaltiger Unterschied - denn dort ging es nicht um Beanstandungen, sondern um Verbrechen des Mißbrauchs der Amtsgewalt und der Geschenkkannahme in Amtssachen. Einen solchen Vergleich brauchen sich die Wiener Dienstnehmer nicht bieten lassen. (Beifall bei der SPÖ).

Der Teil der Presse, der die Beamtenhatz betrieben hat, erhielt nicht unerwartet Schützenhilfe, nämlich den ÖVP-Antrag, Beamte stantepede abzurufen und in polizeiliche Untersuchung zu ziehen. Die SPÖ wird sich mit allen Mitteln vor die zu Unrecht verdächtigten Beamten stellen. (Beifall von der SPÖ). Es ist auch eine grobe Unterstellung, wenn man die Verdächtigung ausspricht, sozialistische Minister würden sich nicht an ihren Eid halten, die Gesetze zu beachten - die Behauptung nämlich, daß Innenminister und Justizminister jede Untersuchung niederschlagen würden. In den 50 Jahren der Republik ist noch nie ein sozialistischer Minister oder führender Funktionär auf die Anklagebank gekommen.



Die ÖVP sollte ihre eigene Vergangenheit nach diesem Gesichtspunkt überprüfen. (Zwischenrufe von der ÖVP: Olah! Pöder: Der war nicht mehr sozialistischer Minister, als er angeklagt wurde, die SPÖ hat sich rechtzeitig von ihm getrennt).

Der Kontrollamtsbericht ist kein Fetisch. Es ist den zuständigen Organen vorbehalten, daraus Schlußfolgerungen zu ziehen, wobei es auch kein illegales Dienstrecht geben kann, weil es völlig genügt, nach dem bestehenden Dienstrecht vorzugehen. (GR. Hahn (ÖVP) Ostbahnunterführung!). Der Kontrollamtsbericht bedarf dringend einer Ergänzung, schloß GR. Pöder, nämlich in schwerwiegenden Fällen der Stellungnahmen der Beanstandeten, damit es nicht zu Verdächtigungen und Unterstellungen wie diesmal kommen kann.

#### Schlußwort Schweda

Seine Gesprächsbereitschaft nach allen Seiten und über alle Probleme bekräftigte Stadtrat Otto Schweda erneut im Schlußwort. Die Diskussion sei erwartungsgemäß unter dem Zeichen des Kontrollamtsberichts gestanden - er selbst könne sich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, daß an mancher Stelle dieser Bericht propagandistisch ein "gefundenes Fressen" sei. Zu einigen Anspielungen des Inhalts, mit ihrer soliden Mehrheit im Wiener Gemeinderat könne die SPÖ immer alles beschließen, was ihr passe, machte Schweda darauf aufmerksam, daß die gängige Formulierung einer solchen Mentalität - nämlich das Wort "Mir san die Mehrar'n" - nicht in den Reihen der Sozialisten erfunden worden sei.

Zum Vorwurf des Zweckpessimismus bei der Erstellung von Voranschlägen erklärte der Finanzreferent, hier schreibe die Haushaltsordnung unmißverständlich vor, daß "die Einnahmenseätze als Mindestbeträge anzusehen" seien. Und was die Rücklagenwirtschaft der Stadt Wien anlange, so sei es interessant zu beobachten, wie sich immer mehr Vertreter der Finanzwissenschaften zu jenen Grundsätzen bekehren, die der in Wien geübten Praxis zugrundeliegen.



Selbst der seinerzeitige Finanzminister und heutige Nationalbankpräsident Dr. Wolfgang Schmitz - der früher durchaus andere Ansichten vertreten habe - habe sich in einer Festschrift zum 70. Geburtstag von Andreas Korp sehr deutlich für die Rücklagenwirtschaft ausgesprochen.

Zu der Forderung nach einem generellen Energiekonzept erklärte Schweda, darüber seien in den Stadtwerken Gespräche im Gange - eingehende, aber wegen der Größe des Problems natürlich auch schwierige Gespräche.

Verzögerter Baubeginn von Kindertagesheimen: Durch den Übergang von der konventionellen Bauweise zu der Verwendung vorfabrizierter Fertigteile sei nicht nur der geplante Fertigstellungstermin auch bei späterem Baubeginn gesichert, es ergebe sich überdies eine Senkung der Baukosten.

Abstimmung: Rechnungsabschluß mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. Kontrollantsbericht einstimmig angenommen.

DFP-Antrag (Aufschub der Abstimmung über den Rechnungsabschluß bis zur Klärung verschiedener Punkte aus dem Kontrollantsbericht): mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

ÖVP-Antrag (Überschuß des Rechnungsabschlusses als Sonderrücklage für kulturelle Zwecke verwenden): mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und DFP abgelehnt.

ÖVP-Antrag (ehebaldigste Einsetzung der zweckgebundenen Sonderrücklagen): Einstimmig dem Finanzausschuß zugewiesen.

FPÖ-Antrag (Auflösung der Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H. und Eingliederung in die Wiener Stadtwerke: mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und DFP abgelehnt.

ÖVP-Antrag (Abberufung der Geschäftsführung der Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H., Weiterleitung des Kontrollantsberichtes an die Wirtschaftspolizei): mit den Stimmen von SPÖ und DFP abgelehnt.



Rechnungsabschluß der Stadtwerke

Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) erklärte zum Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1970, daß der Verlust mit 623 Millionen Schilling um 139 Millionen oder fast 29 Prozent über dem Ansatz des Wirtschaftsplanes liegt. Unter Berücksichtigung der Verlustvorträge aus den Vorjahren ergibt sich ein Gesamtverlust von 1.661 Millionen Schilling. Unter diesen Umständen konnte das im Unternehmensstatut geforderte Ziel, wonach die Erträge die Aufwendungen decken, die Wirtschaftssubstanz erhalten und die technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung sichern sollen, für die Wiener Stadtwerke nicht erreicht werden. Ursache der ungünstigen Situation sind nach wie vor die defizitären Verkehrsbetriebe.

Der Personalaufwand der Verkehrsbetriebe konnte 1970 nur mehr zu 65 Prozent aus den Einnahmen gedeckt werden. Ständig steigenden Kosten steht der Umstand gegenüber, daß der Durchschnittserlös pro Fahrgast auf 242,8 Groschen gesunken ist, was auf die erhöhte Inanspruchnahme von Kinderfahrtscheinen und die Einführung der Pensionistenfahrtscheine zurückzuführen ist. Ein Vergleich mit anderen europäischen Verkehrsunternehmen zeigt, daß Wien bei den Sozialtarifen weitaus an der Spitze liegt. Der Einnahmeentfall durch die Sozialtarife betrug im vergangenen Jahr 321 Millionen Schilling.

Stadtrat Nekula beschäftigte sich ausführlich mit der zwingenden Notwendigkeit, Fremdmittel aufzunehmen, ohne die lebenswichtige Investitionen zur Sicherung der Strom- und Gasversorgung und zur Rationalisierung der Verkehrsbetriebe nicht möglich wären. Im Zusammenhang mit der ungünstigen Erfolgsentwicklung ergibt sich daraus jedoch eine ständige Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Eigen- und Fremdkapital. Die in den letzten Jahren erfolgten Kapitalaufstockungen konnten diese Entwicklung nur verzögern, aber nicht aufhalten. Dem Beschluß des Gemeinderates, die Pensionslasten der Stadtwerke durch die Hoheitsverwaltung zu übernehmen, kommt daher ganz besondere Bedeutung zu. Statt der in den letzten Jahren erfolgten Subventionen von 150 bis 200 Millionen Schilling ergibt sich nun ein jährlicher Beitrag von derzeit rund 500 Millionen, der mit jeder Erhöhung der Pensionen steigt. Die Pensionsrück-



stellung der Stadtwerke konnte dem Eigenkapital zugeführt und die Kapitalsituation der Stadtwerke damit schlagartig um 30,6 Prozent auf ein Verhältnis von 47,7 Prozent Eigenkapital zu 52,3 Prozent Fremdkapital verbessert werden.

Die Bilanzsumme der Wiener Stadtwerke betrug mit 31. Dezember 1970 rund 14.612 Millionen Schilling, wobei auf der Aktivseite 11.503 Millionen Anlagevermögen, 1.448 Millionen Umlaufvermögen und Verlustvorträge und Verlust 1970 von 1.661 Millionen aufscheinen.

**Elektrizitätswerke:** Die Entwicklung zeigt, daß die prognostizierte Verdopplung des Strombedarfs in zehn Jahren richtig war. Im vergangenen Jahr stieg der Stromabsatz um 9,8 Prozent auf 3.289 Gigawattstunden. Obwohl der Wirtschaftsplan um 89 Gigawattstunden überboten wurde, blieb der Gewinn von 229,9 Millionen Schilling um 21,6 Millionen hinter dem Voranschlag zurück. Das bedeutet, daß es zwar noch gelungen ist, die gestiegenen Aufwendungen am Rohstoff-, Material- und Personal-sektor zu decken, aber für die technische Weiterentwicklung keine Deckung mehr blieb. Die ständige Kostensteigerung ist nicht nur für die Wiener E-Werke, sondern für alle Energieversorgungsunternehmen ein Problem.

**Gaswerke:** Die Gaserzeugung stieg um 6,3 Prozent auf 933 Millionen Kubikmeter. Dennoch lag der Verlust mit 13,5 Millionen Schilling um 10,3 Millionen über den Erwartungen. Im Rahmen der Erdgasumstellung wurden bis 31. Dezember 1970 in fünfzehn Rayonen 7.843 Kunden mit 14.035 Geräten erfaßt.

E-Werke und Gaswerke haben durch die Ermöglichung moderner, abgasfreier Heizungen einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz geleistet: Die E-Werke konnten im vergangenen Jahr 14.072 Nachtspeicheröfen, die Gaswerke Heizungen für 17.196 Wohnungen und Betriebe anschließen.

**Verkehrsbetriebe:** Der effektive Verlust betrug 1.221 Millionen Schilling. Ohne die vorgenommenen Rationalisierungsmaßnahmen wäre er um 193,5 Millionen höher. Die Personalkosten stiegen auf 1.697 Millionen Schilling und lagen damit um 674,9 Millionen über den Beförderungserlösen. Der Personalmangel verschärfte sich: Der Saldo zwischen Zugängen und Abgängen ergab 1970 ein Minus von 303



Bediensteten, der Gesamtunterstand beträgt nun 1071 Bedienstete. 419,9 Millionen Fahrgäste wurden 1970 befördert. Während jedoch die Zahl der Fahrgäste und der Durchschnittserlös pro Fahrgast weiter sanken, stiegen die Ausgaben für Provisionen an Trafiken sowie Abgeltungen an die ÖBB und die privaten Autobusunternehmen um 5,8 Millionen auf 65,2 Millionen Schilling.

Bestattung: Die erhöhten Sterbeziffern am Jahresbeginn machten erhebliche Mehrdienstleistungen notwendig, um alle Aufträge rasch und pietätvoll zu erfüllen. Die Sargerzeugung, deren Produkte zu einem Drittel an die anderen Bundesländer geliefert werden, stieg um 6,8 Prozent auf 46.916 Stück.

#### Debatte

GR. Wölger (DFP): Die Verkehrsbetriebe und mit ihnen die Stadtwerke seien nicht saniert und ihr Rechnungswesen gebe keinen klaren Überblick auf die wirtschaftlichen Vorgänge. Nach Ansicht der DFP wäre ein erster Schritt zur Sanierung eine getrennte Bilanzierung der einzelnen Unternehmen. Dadurch könnte man ein klares Bild von der finanziellen Situation erhalten und den Kapitalbedarf festlegen. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag. Bei der Schaffung neuer Energiequellen dürfte man die Probleme des Umweltschutzes nicht außeracht lassen. Der Redner kritisiert auch die Errichtung des Dampfkraftwerkes in der Lobau, da dadurch wieder ein Stück Erholungsraum verloren geht. Bei der Erdgasumstellung müste man die finanziell schwächeren Bevölkerungsschichten bei der Anschaffung neuer Geräte unterstützen. Die rückläufige Frequenz bei den Verkehrsbetrieben führt der Redner auf einen seiner Ansicht nach schlechten Kundendienst zurück. Auf dem Verkehrssektor dürfte man nicht Detailplanungen vornehmen, sondern müste endlich einmal ein Gesamtkonzept schaffen. Seine Fraktion werde den vorliegenden Anträgen nicht zustimmen.



GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bedauerte, daß die Stadtwerke nur immer Gesamtabrechnungen, nicht aber auch die Teil-Rechnungsabschlüsse der einzelnen Unternehmungen dem Gemeinderat zur Verfügung stellen. Der Rechnungsabschluß der Stadtwerke zeige das gewohnte Bild: aus einem großen Defizit im Wirtschaftsplan sei schließlich ein noch größeres Defizit geworden. Man müsse leider annehmen, daß die Übernahme der Pensionslasten den Stadtwerken nur eine kurze Atempause gegönnt habe. Die seit Jahren ungenügende Kapitalausstattung sei ein Hauptgrund für diese Situation.

Während bei der Straßenbahn jede Verschlechterung des Services - Intervallvergrößerung, Linienkürzung und nicht zuletzt Tariferhöhung - einen Frequenzrückgang zur Folge habe, zeige etwa das Beispiel S-Bahn, daß bei einer höheren Attraktivität und Bequemlichkeit des Massenverkehrsmittels sich sehr wohl eine Frequenzsteigerung erzielen lasse. Leider gehe die S-Bahnplanung nicht rasch genug voran.

Der Redner konzedierte unbestreitbare Rationalisierungserfolge bei den Verkehrsbetrieben auf dem Personalsektor. Freilich fehlen Hinweise auf - auch vom Kontrollamt geforderte - Personaleinsparungen beim Verwaltungsdienst. Dr. Hirnschall befürwortete auch den vom Kontrollamt gutgeheißenen Vorschlag, den bisherigen Dreischichtendienst bei den Wagenrevisionen durch einen Haupt- und einen Bereitschaftsdienst zu ersetzen.

Es sei im übrigen unverständlich, warum private Verkehrslinien nicht so unter einem Fahrpersonalmangel leiden müssen wie etwa der Autobusbetrieb der Verkehrsbetriebe. Schuld daran sei wohl das schlechte Betriebsklima bei den Verkehrsbetrieben. Es wäre einen Forschungsauftrag wert, dessen Ursachen festzustellen.

Angesichts der florierenden finanziellen Lage der E-Werke forderte GR. Dr. Hirnschall namens seiner Fraktion in einem Antrag, daß sich der Gemeinderat von der von der Elektrizitätswirtschaft geplanten Strompreiserhöhung distanzieren möge.



Es sei traurig, daß ein derartig wichtiges Thema wie der Rechenschaftsbericht der Wiener Stadtwerke in Gemeinderat zu so ungünstiger Zeit behandelt werde, stellte Gemeinderat Kowarsch (ÖVP) zu Beginn fest. Die Öffentlichkeit erfahre von der Debatte so gut wie nichts.

Nun endlich seien langjährige Forderungen der ÖVP bei den Stadtwerken wenigstens teilweise erfüllt worden, ging er auf das Thema ein. Die Abnahme der Pensionslasten allein werde jedoch nicht ausreichen.

Auch Kowarsch urgierte eine Vermögens- und Erfolgsrechnung der einzelnen Unternehmen. Die Argumentation, dies sei aus Konkurrenzgründen nicht möglich, könne er nicht akzeptieren. Kowarsch regte an, wenigstens den zuständigen Gemeinderatsausschuß zu informieren.

In seiner Stellungnahme zu den E-Werken hob der Gemeinderat die positive Bilanz des Unternehmens hervor und deponierte ein energisches Veto gegen eine mögliche Erhöhung des Strompreises.

Die einseitige Anlieferung von Erdgas aus der Sowjetunion betrachtete Kowarsch als vordringliches Problem der Gaswerke. Er richtete an Stadtrat Nekula die Frage, ob Überlegungen angestellt werden, was im Falle einer Lieferungssperre getan werden könne.

Verkehrsbetriebe: nur ein Ersatz für die Sozialtarife und eventuell auch die Übernahme der Fremdkapitalzinsen durch die Hoheitsverwaltung könnten die Situation bei diesem Unternehmen entschärfen. Zum Personalmangel vertrat der Redner die Ansicht, daß nicht die Entlohnung, sondern die ungünstige Dienstzeit schuld sei. Er schlug vor, gleitende Arbeitswochen einzuführen. Die Rationalisierung berge auch die Gefahr der Einstellung von Linien. Die Stadt könne es sich nicht leisten, um jeden Preis zu Rationalisieren.

Abschließend schlug Kowarsch vor, ähnlich wie bei den Bundesbahnen, auch bei den Verkehrsbetrieben eine Seniorenaktion einzuführen.



Debatte

GR. Busta (SPÖ) machte für die schlechte finanzielle Situation der Verkehrsbetriebe Faktoren verantwortlich, die nicht beeinflusst werden könnten, wie das auch weiterhin starke Steigen der Motorisierung. Immerhin seien durch Rationalisierungsmaßnahmen Erfolge erzielt worden. Von den 538 modernen Beiwagen wurden bisher 313 auf schaffnerlosen Betrieb umgestellt, 146 steht der Umbau noch bevor. Von den neuen Triebwagen sind 266 für den Umbau vorgesehen.

In der Simmeringer Zentralwerkstätte wurde im November 1970 die Werkstätte für Kraftfahrzeuge in Betrieb genommen. Die Fertigstellung wird 1973/74 erfolgen. In Simmering werden später auch die Fahrzeuge der U-Bahn repariert werden, so daß sich der Bau einer eigenen U-Bahnwerkstätte erübrigt.

E-Werke: Obwohl der Stromverbrauch im vergangenen Jahr um zehn Prozent gestiegen ist, konnten nicht jene Mittel erwirtschaftet werden, die erforderlich wären, um der technischen Entwicklung gerecht zu werden.

Gaswerke: Hier eröffnen sich günstige Möglichkeiten in der Haushaltsbeheizung. 1970 konnten 17.200 Haushalte auf Erdgas umgestellt werden, durchschnittlich werden je Woche 1.000 Haushalte umgestellt.

Schlußwort

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Nekula auf verschiedene Anregungen der Debattenredner ein und erklärte, er empfehle den Antrag der DFP wegen des darin enthaltenen konfusen Wirtschaftssystems der Ablehnung. Nekula beschäftigte sich sodann mit den Vorteilen, wie durch die Zusammenfassung der Einzelunternehmen zu den Gesamtunternehmen Wiener Stadtwerke entstanden seien und die vor allem dazu führten, daß die Gewinne von Einzelunternehmen nicht versteuert werden müssen.

Eingehend ging der Stadtrat auf die Personalsituation bei den Verkehrsbetrieben ein und erwähnte unter anderem, daß die diversen Privatfirmen vielleicht deshalb eher neues Personal



bekämen, weil die Verkehrsbetriebe die zahlreichen arbeitsrechtlichen und sozialen Bestimmungen besonders peinlich einhielten. Bei einem Personalunterstand von 1073 Bediensteten könne der Verkehr nur durch erhebliche Überstundenleistungen aufrecht erhalten werden. Mit diesem Problem sei aber nicht nur Wien, sondern seien auch zahlreiche andere Großstädte konfrontiert. Aus dieser Sicht bedeute jede einzelne Schaffnerin, die sich zum Fahrdienst melde, bereits einen Gewinn. Derzeit seien acht Frauen als Fahrerinnen im Einsatz und neun befinden sich im Ausbildungsstadium. Ein medizinisches Gutachten spreche davon, daß Frauen nur bis zum 45 Lebensjahr als Fahrerinnen ausgebildet werden könnten. Abschließend empfahl Nekula, den Antrag der FPÖ, auf eine Strompreiserhöhung zu verzichten, abzulehnen, weil man derzeit Berechnungen anstelle und nichts vorweg nehmen könne.

Bei der Abstimmung wurde der Rechnungsabschluß der Stadtwerke mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. Der Antrag der FPÖ, keine Erhöhung vorzunehmen, verfiel mit den Stimmen der FPÖ, ÖVP und DFP der Ablehnung, der Antrag der DFP auf Umgestaltung der Stadtwerke blieb mit den Stimmen der DFP in der Minderheit.

#### Landwirtschaftsbetrieb

Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) legte den Verwaltungsbericht und Rechnungsabschluß für 1969/70 sowie den Wirtschaftsplan für 1971/72 des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien vor. Das Unternehmen erzielte 1969/70 einen Gewinn von 380.000 Schilling, Abzüglich des Verlustvortrages von 366.000 ergibt sich ein effektiver Gewinn von 14.000 Schilling. 1971/72 bleibt die Gesamtanbaufläche gleich, doch wird mehr Getreide und weniger Raps, Zuckerrüben und Erbsen angebaut. Bei einem Bruttoertrag von 40,9 Millionen und einem Aufwand von 40,8 Millionen wird ein Überschuß von 113.000 Schilling erwartet. Die Investitionen werden 3,7 Millionen betragen.



GR. Dr. Tuma (DFP) bemängelte, daß angesichts des Aufwandes der Überschuß zu gering sei. Er beantragte deshalb die Rückstellung des Wirtschaftsplanes für 1971/72.

Stadtrat Nekula erinnerte daran, daß der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien 950 Hektar zur Aufstockung kleiner Betriebe abgeben mußte, während im Personal und Gebäude erhalten blieben. Dadurch kam er vorübergehend in eine schwierige Situation.

Abstimmung: Verwaltungsbericht und Rechnungsabschluß 1969/70 sowie Wirtschaftsplan 1971/72 wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gebilligt. Der DFP-Antrag wurde nur von der DFP unterstützt und somit abgelehnt.

Zuletzt wurde eine Anfrage der DFP mit dem Antrag auf Verlesung und Besprechung behandelt. GR. Dr. Tuma (DFP) begründete die Anfrage, die auf eine mögliche Korrektur in der Planung der Burgenland-Schnellstraße Bezug nimmt. Dr. Tuma gestand zu, daß das Projekt nötig sei und daß dabei nicht auf jede Art von Privatinteressen eingegangen werden könne. Planungsstadtrat Hofmann könne aber wenigstens guten Willen zeigen und den Alternativvorschlag des Arbeiter-Schrebergartenvereins Favoriten zumindest prüfen.

Abstimmung: nur von DFP unterstützt und daher abgelehnt.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -



## musikalisches sommerprogramm am 9. juli

17 wien, 8.7. (rk) am freitag, dem 9. juli, findet folgendes musikalische sommerprogramm statt:

17.30 uhr, puchsbaumplatz, konzert der betriebsmusik der wiener verkehrsbetriebe, dirigent: gustav fischer,

17.30 uhr, allerheiligenplatz, konzert der musikkapelle der wiener gaswerke, dirigent: dipl.-ing. friedrich brucker,

20.00 uhr, arkadenhof des wiener rathauses, orchesterkonzert, wiener symphoniker, dirigent: ernst maerzendorfer, joseph haydn, ouvertüre zu 'orlando palladino', gerhard wimberger: stories fuer orchester, gustav mahler: 1. symphonie.

1519

## rindernachmarkt vom 8. juli

18 wien, 8.7. (rk) unverkauft vom vormarkt: 0, neuzufuhr inland: 4 oechsen, 6 kuehe, 1 kalbin. gesamttauftrieb dasselbe, verkauft alles, marktverkehr ruhig, hauptmarktpreise.

## pferde- und schweinenachmarkt vom 8. juli

19 wien, 8.7. (rk) kein auftrieb.

1530

## frachtenbahnhof: saeurealarm

36 wien, 8.7. (rk) donnerstag mittag gab es in favoriten einen folgenschweren schlauchriss: auf dem frachtenbahnhof suedost sollten 15 tonnen salpetersaeure aus einem zisternen-waggon in einen hochbehälter gefuellt werden. waehrend der arbeit riss der umfuellschlauch. etwa 5 tonnen der saeure ergossen sich ueber den bahnkoerper.

die feuerwehr schlug zuerst die aufsteigenden daempfe nieder und verduennte dann die ausgeflossene saeure bis zur ungefaehrlichkeit.

2113



## ehrung fuer den gesamten wiener landtag

4 wien, 8.7. (rk) nach der ueberreichung des grossen goldenen ehrenzeichens mit dem stern fuer verdienste um die republik oesterreich an wiens ersten landtagspraesidenten dr. wilhelm s t e m m e r , die mittwoch durch landeshauptmann felix s l a v i k im rathaus erfolgte, richtete praesident dr. stemmer an bundespraesident franz jonas ein schreiben, in dem es am schluss heisst: ''ich bitte sie, hochverehrter herr bundespraesident meinen aufrichtigen dank auch im namen des wiener landtages, den ich hiedurch als mitgeehrt ansehe, entgegennehmen zu wollen.''

1043

## preisguenstige gemuese- und obstsorten

5 wien, 8.7. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: karotten 6 bis 7 schilling, weisskraut 5 bis 6 schilling je kilogramm, karfiol 4 bis 6 schilling je stueck.

obst: kirschen 10 bis 12 schilling, ribisel 9 bis 10 schilling, pfirsiche, italienische, 10 bis 12 schilling, aepfel (qualitaetsklasse 1), italienische, 6 und 9 bis 10 schilling je kilogramm.

1044